„Ein Armutszeugnis – Kinderarmut in Deutschland“
Restaurant „Zeitfür“ im Landtag, Hannover
25. April 2018, 18:00 – 20:30 Uhr

Deutschland zählt zu den reichsten Ländern der Welt. Trotz der guten ökonomischen Lage Deutschlands ist jedes vierte Kind arm oder armutsgefährdet. Wie kann das sein?

Vor dem Hintergrund dieser prekären Lebenssituation, besonders von Kindern, lud das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover e.V. zur Veranstaltung „Ein Armutszeugnis – Kinderarmut in Deutschland“ ein. Begrüßt wurden das Podium und die Multiplikator_innen im Publikum von Isa Grossmann, Fachbereichsleitung Verband, Politik & Kommunikation der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Hannover e.V., und Urban Überschär, Leiter des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung. In ihrer Einführung betonten die Veranstalter_innen, dass Deutschland ein unglaublich reiches Land sei. Trotzdem lebten 12 Millionen Deutsche unterhalb der Armutsgrenze. Diese weitreichende Armut und gleichzeitige Wachstumsrekorde in der Wirtschaft passten nicht zusammen. Menschen, die in Armut lebten oder von ihr bedroht seien, fehle es an Entwicklungsperspektiven, um in der Gesellschaft teilhaben zu können.

Ministerin Dr. Carola Reimann

Die Niedersächsische Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, **Dr. Carola Reimann**, nannte Armut und insbesondere Kinderarmut eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen. Die Armutsgefährdungsquote liege in Deutschland bei 16 Prozent. Dieser Wert sei der höchste seit 2005. Allein in Niedersachsen seien 1,25 Millionen Menschen armutsgefährdet und die Armutsgefährdungsquote bei Kindern liege bei über 20 Prozent. Besonders betroffen seien Alleinerziehende und deren Kinder mit einer Quote von 45 Prozent.

Das Sozialministerium nutze drei Strategien, um Armut zu bekämpfen. Sie fördern eine familienbewusstere Arbeitswelt, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen und so Eltern zurück in Arbeit zu bringen. Im Moment sei die einzige sichere Möglichkeit, um Armut zu vermeiden, ein sicheres und faires Arbeitsverhältnis. Außerdem sollen die staatlichen Leistungen für Kinder angepasst werden, so die

Ministerin. In diesem Zug müsse gewährleistet werden, dass die staatliche Unterstützung auch in Anspruch genommen wird. Als dritten Punkt nannte die Ministerin das Empowerment von Kindern, damit diese ihre Rechte kennenlernen. So würde außerdem schon früh ein Zugang zum gesellschaftlichen Leben gegeben. Hinter dieser Hilfe ständen allerdings immer Menschen, die den Zugang zur Hilfe ermöglichen müssen, damit sie auch in Anspruch genommen werden könne.

In ihrem Vortrag schilderte **Prof. Dr. Margherita Zander**, Professorin für Politikwissenschaft/ Sozialpolitik an der Fachhochschule Münster, dass Reichtum verpflichte und dadurch auch das reiche Land Deutschland in der Pflicht stehe, Armut zu bekämpfen. Die deutsche Gesellschaft nehme Armut aktiv in Kauf und stelle somit Hürden für viele Menschen auf. Prof. Zander führte an, dass es sich in Deutschland nicht um absolute Armut, sondern um relative Armut handelt. Sie stellte verschiedene Armutsbemessungsgrundlagen vor. In Deutschland sei Armut besonders im Norden konzentriert. Außerdem seien in Städten deutlich höhere Armutsgefährdungsquoten als auf dem Land festzustellen. In Niedersachsen sei besonders das verstädterte Ost- und Südniedersachsen von Armut betroffen. Folgen von Armut seien eine allgemeinere Verschlechterung des Wohlbefindens, eine schlechte materielle Grundausstattung, eine verschlechterte Gesundheit, fehlende soziale Kontakte, geringere Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, eine verlangsamte Entwicklung von individuellen Fähigkeiten und fehlende Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben. Die Ausprägung dieser Folgen werde besonders von der Dauer der Armut und dem Alter, in welchem Kinder Armut erfahren haben, geprägt.

Prof. Dr. Margherita Zander

Cosima Schmitt

In der folgenden Diskussion, die von **Cosima Schmitt**, moderiert wurde, forderten Dr. Reimann und Prof. Zander eine Kindergrundsicherung, um Hilfe besser für Kinder erreichbar zu machen. Podiumsgast **Beate Rempe**, Leiterin einer Kita der AWO Soziale Dienste, führte an, dass Armut nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sei. So falle häufig erst im Gespräch mit den Kindern auf, dass sie in prekären Verhältnissen aufwachsen. Um dies auszugleichen, setze die Kita auf gemeinsame Erlebnisse, die die Kinder miteinander verbinde. Auch finanziell schwache Familien würden häufig aus Scham oder fehlendem Wissen keine finanziellen Hilfeleistungen beantragen. Die Kinder würden

Beate Rempe

allerdings schnell merken, wenn im Haushalt ihrer Freund_innen mehr Geld zur Verfügung steht und schnell Schamgefühle aufbauen.

Prof. Zander betonte die Wichtigkeit von intensiven Beziehungen zu Bezugspersonen, die die Kinder fördern und empowern können. Sie führen in der Konsequenz zum Aufbau von Resilienz, der psychischen Widerstandsfähigkeit mit Problemen umgehen zu können. Diese Rückschläge können dann zum positiven gekehrt werden. Die Bezugsperson müsse nicht aus der Familie kommen, die Rolle könne auch von Erzieher_innen oder Lehrer_innen ausgefüllt werden. Allerdings fehle im Alltag in unterbesetzen Einrichtungen teilweise die Zeit, diese engen Beziehungen nachhaltig aufzubauen. Auch aus diesem Grund müsse die Politik für einen besseren Ausbau der Personalstrukturen in Kindergärten und Schulen sorgen.

Außerdem läge in der frühen Bildung schon die Aufgabe, den Kindern demokratische Strukturen beizubringen und Demokratie zu fördern. So sei es durch Mittel wie Knopfabstimmungen oder Kinderparlamente möglich, Kinder demokratisch zu erziehen. Kindern würde so gezeigt, dass ihre Stimme gehört werde und auch zu Änderungen führen könne.

Frau Rempe führte weiterhin aus, dass Kinder, die nicht in einer Kita waren, oft Schwierigkeiten hätten, Anschluss zu finden, und dass sie auch in der kognitiven Entwicklung hinter Kindern seien, die eine Kita besucht haben. Zusätzlich fände in der Kita die so wichtige Sozialmischung statt, damit keine homogenen Gruppen entständen. Nur in heterogenen Gruppen hätten sie die Möglichkeit, voneinander zu lernen.

Das Podium und das Publikum waren sich einig, dass das Unterstützungssystem in Deutschland verändert werden muss. Sowohl das Podium und viele Multiplikator_innen im Publikum sprachen sich für eine Kindergrundsicherung aus. Außerdem müsse die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen mit weniger Scham in Verbindung gebracht werden, damit die Hilfe auch greife, wo sie am dringendsten gebraucht werde. So könne unter anderem ein anonymisiertes Verfahren dabei helfen, Schamgefühle zu vermeiden. Ein großer Teil der Hilfe sei zurzeit an Personen gebunden. Um eine gesicherte Zukunft zu bieten, wäre es zu empfehlen, diese Hilfe an Institutionen wie Kindergarteneinrichtungen zu binden, so die Podiumsgäste.